

» Fair, tiergerecht und krisenfest Die Zukunft der Schlachthöfe neu gestalten

Die dramatischen Ereignisse in zahlreichen industriellen Schlachtkonzernen während der Coronapandemie haben verdeutlicht, wie es um die Schlachtbranche und die Struktur bei der Rinder-, Schweine- und Geflügelschlachtung und Verarbeitung in Deutschland steht: hohe Marktkonzentration mit wenigen großen Schlachtkonzernen, Ausbeutung von abhängig Beschäftigten, miserable Arbeits- und Wohnbedingungen, Verstöße gegen Arbeitsschutzstandards, Hygieneauflagen und Seuchenschutzmaßnahmen.

Tierhaltung und Fleisch wurde für die industriellen Verarbeitungsstrukturen und den Handel standardisiert und normiert. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die gesamte Wertschöpfungskette immer weiter durchrationalisiert. Ohne Rücksicht auf Verluste ist Gewinnmaximierung das Credo und die großen Händler tragen einen Preiskampf um Billigfleisch aus. Wie krisenanfällig das Just-in-time-System ist, hat die Coronakrise schonungslos offengelegt:

Der „Schweine-Stau“ aufgrund der Schlachthofschließungen resultierte schon nach zwei Wochen in tierschutzrelevanten Problemen. Die Folgen sind außerdem wirtschaftliche Zusammenbrüche von Betrieben. Das System Fleischindustrie fußt auf der Ausbeutung von Mensch und Tier. Es ist falsch, krisenanfällig und muss sich ändern.

Über die letzten Jahrzehnte wurden regionale Versorgungsstrukturen durch das industrielle Fleischsystem verdrängt.

Auch im Hinblick auf zukünftige seuchenhygienische Ereignisse, wie z.B. die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest, ist eine Dezentralisierung der Schlachthöfe dringend geboten. Derzeit werden in Deutschland knapp 80 % der Schweine in zehn Unternehmen geschlachtet, sodass es zu einer starken Verdichtung der Schweinehaltung in sogenannten „Veredelungszentren“ kommt, in denen sich eine hochspezialisierte Infrastruktur entwickelt hat. Hier sind alle vor- und nachgelagerten Stufen der Erzeugung und Verarbeitung von Schweinefleisch konzentriert.

In Zukunft sollen wieder mehr handwerkliche, kleine und mittlere Schlachthofstrukturen eine Alternative zum Schlachten im Akkord sein.

Unsere Vision sind vielfältige, dezentrale und in einem fairen Wettbewerb stehende Schlachthofstrukturen sowie nachhaltige bäuerliche Betriebe.

Dies lässt sich nur mit einer Qualitätsoffensive für Schlachthöfe umsetzen, die mit der Agrarwende und dem Umbau der Tierhaltung sowie einer deutlichen Reduzierung der Fleischproduktion Hand in Hand geht.

Industrielle Schlachtbetriebe müssen höhere Standards an Arbeitsschutz und -hygiene als bisher erfüllen und ihrer Verantwortung als wirtschaftlicher Akteur einer Region gerecht werden.

Der Ausbau der Weideschlachtung, mobile Schlachtkonzepte sowie eine hofnahe Schlachtung sind vielversprechende, ergänzende Ansätze.

Große Schlachtunternehmen in die Pflicht nehmen

Unter welchen Bedingungen industrielle Schlachtkonzerne zukünftig produzieren, muss neu definiert werden. Kommunen, die Öffentlichkeit sowie Bäuerinnen und Bauern müssen in die Diskussion eingebunden werden.

Strukturen, die große Unternehmen der Branche bevorzugen, sollten zugunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen verändert werden.

Während in industriellen Schlachtkonzernen amtliche VeterinärInnen kontinuierlich vor Ort sind, entstehen in kleineren Betrieben durch die Anfahrtkosten und die kleineren Stückzahlen deutlich höhere Kontrollgebühren pro Schlachttier. Zudem ist die Gebührenhöhe nicht landeseinheitlich geregelt und kommunal sehr unterschiedlich.

Wir fordern:

1. Faire Wettbewerbsbedingungen durch eine einheitliche Schlachtabgabe pro Tier

Das Kostendeckungsprinzip, nach welchem die lokalen Behörden bisher ihre Gebühren erheben, führt zu massiven Wettbewerbsvorteilen für große Betriebe und hat regionale Schlachtstrukturen mit beeinträchtigt. Unser Ziel ist es, Gleichrangigkeit und damit fairen Wettbewerb zwischen den großen Schlachtkonzernen und kleinen und mittleren Betrieben herzustellen. Eine Umstrukturierung der Finanzierung soll regionale Schlachtstrukturen erhalten und Spielraum für alternative Schlachtmethoden schaffen. In Zukunft soll pro geschlachtetes Tier eine Schlachtabgabe durch die Bundesländer erhoben werden, die unabhängig von der Größe des Betriebes einheitlich ist. Aus der Schlachtabgabe werden die amtliche Fleischschau, die amtliche Tierschutzkontrolle, Keim- und Salmonellenuntersuchungen finanziert. Darüber hinaus soll die Abgabe Forschung für verbesserten Tierschutz im Schlachtprozess und die Modernisierung tierschutzrelevanter Bereiche in Schlachthöfen finanzieren.

2. Überregionale, unabhängige Kontrollen

Lebensmittelhygiene sowie der Tier- und Arbeitsschutz in Schlachtkonzernen sollen künftig von den Bundesländern anstatt von den Bezirksregierungen, Landkreisen oder ähnlichen Stellen kontrolliert werden. Bei kleineren Unternehmen sind die Bundesländer für eine Abstimmung und Absicherung einheitlicher, lösungsorientierter Vorgaben für die Kreise zuständig. Durch einen verbesserten Online-Datenaustausch sollen die Bundesländer zudem aktiver in die lokalen Vorortkontrollen eingebunden werden. Grundsätzlich soll gelten, dass Kontrolleure alle zwei Jahre die zu kontrollierenden Betriebe wechseln. Regelkontrolldichte sollte weiterhin erhalten bleiben, um Defizite aufzudecken.

3. Die Beschäftigten der Fleischbranche fest anstellen

Die anspruchsvolle Arbeit in den Schlachthöfen muss angemessen bezahlt und wertgeschätzt werden. Werkverträge und Leiharbeit im Kernbereich der unternehmerischen Tätigkeit (Schlachten, Zerlegen, Fleischverarbeitung) müssen verboten werden und diese Tätigkeiten nur noch von Beschäftigten des eigenen Betriebes zugelassen werden. Der Arbeitsschutz muss intensiver kontrolliert werden.

Schlachtung und Fleischverarbeitung dezentralisieren und regionale Wertschöpfung stärken

Dezentrale Schlacht- und Fleischverarbeitungsstrukturen stärken regionale Kreisläufe, lokale Wertschöpfung, Handwerk sowie klein- und mittelständische Betriebsstrukturen. Das Resultat sind hochwertige Fleischprodukte aus der Region. Darüber hinaus bietet die dezentrale Schlachtung Bäuerinnen und Bauern verbesserte Abnahmebedingungen und attraktive Direktvermarktungsmöglichkeiten.

Wir fordern:

4. Gezielte Förderung für das regionale Fleischhandwerk

Mindestens 40 % der Schlachtungen soll mittelfristig, spätestens in 10 Jahren, in kleinen und mittelständischen Betriebsstrukturen stattfinden. Gerade für kleine und handwerkliche Betriebe im Fleischhandwerk muss die Förderpolitik deutlich verbessert werden. Eine übersichtliche, effektive und zielorientierte Förderung ist notwendig, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Mithilfe eines Bundesprogrammes für Regionalvermarktung sollte gezielt die Herstellung regionaler Produkte unterstützt werden. Dieses könnte innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ eingebettet werden. Zudem sollte die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ so erweitert werden, dass auch Betriebe, die nur regional vermarkten, gefördert werden. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass künftig mehr Geld von der ersten in die zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) umgeschichtet wird und somit bestehende Programme wie das ELER-Programm weiterentwickelt werden.

5. Tierhaltung an die Fläche binden und Tiertransporte minimieren

Es gilt Maßnahmen zu ergreifen, um die Tierhaltung in Deutschland durchgängig an die Fläche zu binden und den Viehbestand auf ein umweltverträgliches Maß von maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar zu reduzieren. Die Bindung der Tierhaltung an die Fläche geht mit vielen positiven Auswirkungen für Tier und Umwelt einher und führt zu geringerer Viehbesatzdichte in den landwirtschaftlichen Betrieben. Das zentrale Problem von hochkonzentrierten Veredelungsregionen um einen Großschlachthof herum wird so beseitigt. Gleichzeitig sollen Schlachttiere nicht länger als 4 Stunden zur Schlachtstätte transportiert werden.

6. Neubau und Erhalt kleinerer und mittlerer Schlachtstätten fördern

UnternehmerInnen sollen Unterstützung beim Bau neuer und beim Umbau kleiner und mittelständischer Schlachtstätten erhalten, beispielsweise bei der Beantragung einer Genehmigung auf der Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes. Zudem muss für kleine Betriebe das Baurecht vereinfacht werden.

Rahmenbedingungen für kleinere Schlachtstätten und Metzgereien verbessern

EU-Verordnungen, Handels- und nationale Vorgaben sind an die Erfordernisse der industriellen Schlachtung und Verarbeitung angepasst. Fehlende Information und Kenntnisse lassen vielerorts Bürokratie und praxisferne Regelungen entstehen. Die Bundesregierung verteuert mit Ausnahmen für große, energieintensive Unternehmen die EEG-Umlage für die kleinen Unternehmen.

Wir fordern:

7. Klarer Rahmen der behördlichen Überwachung

Die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Handwerksbetrieben muss besser und transparenter werden und nach klareren Regeln funktionieren. Es ist unabdingbar, dass Lebensmittelbetriebe sich auf einheitliche Prüf- und Kontrollstandards verlassen können müssen. Doch gerade hier hakt es oftmals. Besonders kleine Unternehmen leiden, wenn fehlende einheitliche Vorgaben zu unterschiedlichen und widersprüchlichen Anforderungen vor Ort führen. Die gesetzlichen Grundlagen sollen den Gegebenheiten einer regionalen, handwerklichen Schlachtung und einer klein- und mittelständisch strukturierten Schlachtung, sowie alternativen Schlachtmethoden wie der Weideschlachtung gerecht werden.

Die EU-Hygieneverordnung und die EU-Tierschutzschlachtverordnung müssen praxisnahe und praxistaugliche Vorgaben für kleinere Schlachtstätten enthalten. Das sogenannte „Hygienepaket“ der EU wird in den Bundesländern aktuell sehr unterschiedlich umgesetzt.

8. Förderung von Digitalisierung und Qualitätsmanagement in kleinen und mittleren Schlachtstätten

Die Planung und Umsetzung der Digitalisierung sowie die Einführung und Pflege neuer Software parallel zum Tagesgeschäft ist für viele kleine und mittlere Schlachtstätten eine Herausforderung und sollte daher gefördert werden. Der Handel muss für die Besonderheiten der Schlachtung und der Fleischverarbeitung in kleinen und handwerklichen Betrieben sensibilisiert werden.

9. Einwanderung als Chance für die Branche begreifen

Der Fachkräftemangel ist in der Branche deutlich zu spüren und bereitet kleinen und mittelständischen Betrieben große Schwierigkeiten. Die Arbeitsplätze im Fleischhandwerk erfordern gut ausgebildete Fachkräfte. Der Zuzug von Arbeitskräften ist vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels eine große Chance für die Branche. Damit aus diesen Gegebenheiten eine Win-win-Situation für alle wird, gilt es Ausbildungskonzepte zu entwickeln, die speziell auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Arbeitskräfte zugeschnitten sind. Diese müssen sowohl Sprachkurse, als auch fachliche Fortbildungen und ein „Training on the Job“ beinhalten.

Weide-, Mobil- und hofnahe Schlachtungen unterstützen und fördern

Alternative Schlachtmethode bieten die Möglichkeit, individueller auf das zu schlachtende Tier einzugehen. Allen alternativen Schlachtmethode ist gemein, dass sie aufgrund hoher und umfangreicher behördlicher Auflagen kaum Verbreitung finden.

Die „vollmobile Schlachtung“ erfolgt direkt am Hof, ist allerdings in Deutschland aufgrund der hohen Investitionskosten bisher kaum verbreitet. Bei der „teilmobilen Schlachtung“ werden die Rinder oder Schweine zur Schlachtung direkt aus dem Stall oder von der Weide in einen Fangstand gebracht, dort unter kontrollierten Bedingungen betäubt und unmittelbar danach in einem mobilen Schlachtraum hygienisch entblutet. Die weitere Verarbeitung wie das Enthäuten und Ausnehmen findet dann in einem stationären Schlachthof statt. Die hofnahe Schlachtung hat den Vorteil, dass keine Lebetiertransporte notwendig sind. Die Tötung der Tiere erfolgt somit stressfreier in ihrer vertrauten Umgebung.

Wir fordern:

10. Behördliche EntscheiderInnen über die Möglichkeiten und Vorteile regionaler Schlachtung informieren

Handreichungen und Best Practice-Beispiele zu regionalen Schlachtmöglichkeiten tragen zu einem erhöhten Verständnis für die Herausforderungen bei Schlachtungen im Haltungsbetrieb bei.

11. In Bund und Bundesländern einheitliche Regulierung für Weideschlachtung, mobile Schlachtung und hofnahe Schlachtung

Die Genehmigung der teilmobilen Schlachtung und der Weideschlachtung innerhalb der Bundesländer und innerhalb der Landkreise eines Bundeslandes ist an unterschiedliche Auflagen gebunden. Die Lockerung und Anpassung behördlicher Auflagen ist daher zentral für die Weiterentwicklung von Systemen für das Schlachten im Haltungsbetrieb. Einheitliche Regulierungen sind notwendig, um gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb Deutschlands zu schaffen.

12. Möglichkeiten der überbetrieblichen Nutzung von voll- oder teilmobilen Schlachtanlagen gewährleisten

Die notwendigen mobilen Einrichtungen für die voll- oder teilmobile Schlachtung werden bisher in die EU-Zulassung eines stationären Schlachthofes integriert und gelten als Teil einer stationären Schlachthanlage. Diese darf nur von dem einen Inhaber der EU-Zulassung verwendet werden. Für eine überbetriebliche Nutzung wäre es notwendig, dass die jeweils erforderlichen mobilen Einrichtungen eine eigene EU-Zulassung bekommen und eine Einrichtung zeitversetzt von mehreren Schlachtbetrieben genutzt werden kann. Hierzu sind Klarstellungen in den entsprechenden nationalen oder EU-Hygieneverordnungen notwendig.

Friedrich Ostendorff, agrarpolitischer Sprecher grüne Bundestagsfraktion

Dorothea Frederking, agrarpolitische Sprecherin grüne Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt

Martin Hahn, agrarpolitischer Sprecher grüne Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Bruno Jöbkes, LAG Landwirtschaft NRW

Hans-Jürgen Müller, Sprecher für Landwirtschaft grüne Landtagsfraktion Hessen

Dr. Ophelia Nick, Sprecherin BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Andrea Nunne, Sprecherin für Agrarpolitik grüne Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Lisa Maria Otte, Sprecherin für Tierschutz grüne Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Norwich Rübe, Sprecher für Landwirtschaft grüne Landtagsfraktion NRW

Jan Saffe, Sprecher für Landwirtschaft grüne Bürgerschaftsfraktion Bremen

Gisela Sengl, agrarpolitische Sprecherin grüne Landtagsfraktion Bayern

Miriam Staudte, agrarpolitische Sprecherin, grüne Landtagsfraktion Niedersachsen

Bernd Voss, agrarpolitischer Sprecher grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Volkmar Zschocke, agrarpolitischer Sprecher grüne Landtagsfraktion Sachsen